

REGIERUNGSBILDUNG

#GroKo? Ja, aber...

Nachdem die SPD Ende Januar mit knapper Mehrheit für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen votiert hat, folgt nun der nächste Schritt auf dem langen Weg zu einer neuen Regierung. Noch wird gestritten, ob ein möglicher Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD das Ergebnis der Sondierungen lediglich vertiefen soll oder ob weitere Elemente aufgenommen werden. Wahrscheinlicher scheint Letzteres. Sicher wird es eine Weile hin und her gehen; am Ende dürfte aber die Grundlage für eine neue große Koalition gegeben sein. Angesichts der schwierigen Ausgangslage nach dem Ergebnis der Bundestagswahl und der verpassten Chance einer Jamaika-Koalition wäre es ein Wert an sich, wenn nun bald eine neue Regierung steht.

Teure Gemeinsamkeiten

Eine stabile Regierung einzufordern heißt aber noch nicht, ihre Pläne gut zu heißen. Neue Ideen und Konzepte, um in Zukunft Wohlstand zu sichern, werden bislang nicht ausreichend diskutiert. Digitalisierung und Arbeiten 4.0, moderne Infrastruktur, Anreize für Investitionen – davon findet man in den Papieren viel zu wenig. Zu viel Gewicht legen die potenziellen Regierungsparteien dagegen darauf, Wohlstand zu verteilen: Mütterrente, Grundrente, steigende Kosten für die Arbeitgeber in der gesetzlichen Krankenversicherung – das sind nur einige der teuren Vorhaben, die zwar Gemeinsamkeiten zwischen Union und SPD schaffen und in Zeiten guter Konjunktur finanzierbar erscheinen. Kommt die Wirtschaft aber in eine Schwächephase, werden diese »Errungenschaften« schnell zu Mühlsteinen, die Beweglichkeit und Wettbewerbsfähigkeit kosten.

Mehr wirtschaftspolitische Vernunft

Damit Deutschland der Wachstumsmotor in Europa bleiben kann, braucht die Wirtschaft Flexibilität und verlässliche Rahmenbedingungen. Das wissen auch die potenziellen Regierungsparteien. Entscheidend ist, entsprechend zu handeln. Mit einer Abschaffung der sachgrundlosen Befristung würden Union und SPD den Bogen überspannen. So bleibt abzuwarten, was sich am Ende durchsetzt: wirtschaftspolitische Vernunft oder die Angst vor dem Mitgliederentscheid der SPD.

» Eine stabile Regierung einzufordern heißt noch nicht, ihre Pläne gut zu heißen. «

BAVC-Hauptgeschäftsführer
Klaus-Peter Stiller

DIGITALISIERUNG

Legal Tech: Freund oder Feind? 2

BRANCHE

ChemieVersorgungswerk:
Erfolgsmodell für die Betriebsrente 4

Parität in der GKV:
Teurer Rückschritt 8

NACHHALTIGKEIT

Chemie³ auf europäischer Bühne 6

ARBEITSMARKT

Integration: Alles auf einen Blick 7



LEGAL TECH

Freund oder Feind der Juristen?

Der Einsatz von digitaler Technologie in der Rechtsberatung bietet Chancen für Mandanten und Juristen. Mandanten erhalten besseren Zugang zum Recht, die anwaltlichen Dienstleistungen werden optimiert. Auf lange Sicht dürften Legal Tech-Anwendungen aber auch zu einer Neuordnung des Berufsstandes führen.

Kurzfristig überschätzt, langfristig unterschätzt

Was schon für frühere Technologiesprünge und gegenwärtig auch für andere Bereiche der Digitalisierung gilt, bewahrheitet sich auch bei Legal Tech: Die tatsächlichen Auswirkungen werden kurzfristig überschätzt, aber langfristig unterschätzt, wie schon der Zukunftsforscher Roy Amara (1925–2007) erkannt hat. Juristen werden nicht von heute auf morgen durch neue Software-Tools oder eine künstliche Intelligenz (KI) abgelöst. Mittel- bis langfristig wird sich allerdings die Art und Weise, wie eine Rechtsdienstleistung erbracht wird, fundamental ändern. Auch Verbände, die juristische Dienstleistungen anbieten, müssen sich neu aufstellen.

Längst bieten Legal Techs, das sind Start-ups auf dem Gebiet der Rechtsdienstleistung, im Internet schnell und unkompliziert ihre Dienste an. Häufig wenn es darum geht, Gruppeninteressen durchzusetzen – zum Beispiel bei Entschädigungen für Flugverspätungen oder Verstößen im Straßenverkehr. Manche Kanzleien haben ihr Beratungsangebot bereits um ausgewählte Legal Tech-Anwendungen ergänzt: Sie beraten über eigene Online-Portale, bewerten rechtliche Risiken über textbasierte Dialogsysteme oder nutzen Chatbots.

Anwendungsfelder von Legal Tech

Im Informationszeitalter sind Organisationen mehr denn je auf Inhalte angewiesen. Viel zu oft haben sich bei der Bearbeitung von Kundendaten, Verträgen und Textdateien ineffiziente Abläufe etabliert: Heute noch bearbeiten viele Kanzleien die Metadaten tausender Verträge per Hand. Diese repetitiven Aufgaben halten

LESETIPP

Die Digitalisierung verändert, wie wir leben und wie wir arbeiten. Worauf wir uns einstellen und wie wir uns vorbereiten können, erklärt Zukunftsforscher Lars Thomsen #DCDA

www.chemie-arbeitgeber.de



GLOSSAR

Der Begriff »Legal Tech« verknüpft die Worte »Legal« (Recht) mit »Tech« (Technologie) und steht für Software und Online-Dienste, die juristische Arbeitsprozesse unterstützen oder automatisieren. Entwickler sind meist Start-ups, die das Ziel verfolgen, die Effizienz und Produktivität von Rechtsdienstleistungen zu steigern.

menschliche Teams oft von ihrer eigentlichen Arbeit ab. Will man die Tragweite von Legal Tech verstehen, lohnt ein genauerer Blick auf die unterschiedlichen Anwendungsfelder. Die Services der Legal Tech-Unternehmen lassen sich drei Gruppen zuordnen:

1. Automatisierung von Kanzleiprozessen:

Software-Lösungen, die eine effiziente Kanzleiorganisation ermöglichen, Anwälte in der Terminplanung unterstützen, bei der Aktenverwaltung helfen oder Transparenz bei Honorarabrechnungen schaffen. Dokumentenmanagement-Systeme erkennen und durchsuchen Schriftsätze oder Verträge. Zunehmend in der Diskussion sind vor allem Algorithmen, die umfangreiche Rechtsdokumente wie etwa Patente analysieren oder wichtige Informationen aus enormen Datenbanken filtern.

2. Vernetzung von Anwälten mit Mandanten:

Plattformen, die den Kontakt zwischen Mandant und Anwalt herstellen und über die Anwälte auch Rechtsrat, oft zum Festpreis, anbieten. Rechtssuchende können also bequem zu jeder Tageszeit von zu Hause aus anwaltliche Beratung einkaufen – wie sie es von Amazon, Ebay & Co. kennen. Weitere Plattformen bieten Dienstleistungspakete an, für die Anwälte und anwaltliche Dienstleistungen auch projektbezogen vermittelt werden. Hinzu kommen Anwendungen, die Juristen untereinander vernetzen – mitunter weltweit, um Hilfestellung bei internationalen Rechtsfragen zu geben.

Diese Software-Lösungen sind alles andere als neu und in vielen Kanzleien, Unternehmen und Verbänden heute schon im Einsatz. Dass Legal Tech seit geraumer Zeit dennoch für Verunsicherung unter Juristen sorgt, liegt vor allem an IT-Diensten der folgenden Kategorie, die dem Anwalt längst nicht nur assistieren, sondern zunehmend auch seine juristische Arbeit und Kommunikation übernehmen:

3. Automatisierung von Rechtsdienstleistungen:

Angebote, die Rechtsdienstleistungen in weiten Teilen ohne anwaltliches Zutun selbst erledigen. Mandanten werden in die Lage versetzt, individualisierte Rechtsdokumente eigenständig im Netz zu erstellen, indem sie etwa einen strukturierten Frage-Antwort-Dialog durchlaufen. Aber auch Juristen können sich diese Technologie zunutze machen: Neue Verträge können sie dank vorgefertigter Textbausteine und künstlicher Intelligenz leichter erstellen als früher. Indem sie auf teilautomatisierte Verträge zurückgreifen, können sie das Fehlerrisiko minimieren und die Effizienz und den Output steigern.

Hinzu kommen Legal Techs, die es ermöglichen, die Bearbeitung juristisch-administrativer Routineaufgaben oder gar eine komplette betriebliche Rechtsabteilung auszulagern. Gerade diese Entwicklung dürfte Unternehmen wie Verbände sehr kritisch stimmen.

Die Technologie gilt als disruptiv und Experten gehen davon aus, dass Algorithmen in absehbarer Zeit nahezu alle Einzelschritte übernehmen können – von der Sachverhaltsaufklärung über die Erstellung juristischer Dokumente bis hin zur abschließenden Klärung eines Rechtsstreits.

Die Frage, ob die zunehmende Technologisierung im Anwaltswesen Fluch oder Segen, Freund oder Feind bedeutet, bleibt offen. Wie so oft dürfte die Wahrheit irgendwo dazwischen liegen. Kurz- bis mittelfristig werden Algorithmen und künstliche Intelligenz menschliche Teams nicht ersetzen, sondern unterstützen und sinnvoll ergänzen können. Richtig eingesetzt übernimmt die Maschine dann repetitive Aufgaben und der Mensch gewinnt Zeit für kreative und intuitive Problemlösung sowie strategische Planung.

Was bedeutet das nun für Verbände und Unternehmen?

Das Wichtigste vorab: Der Niedergang des juristischen Berufsstandes steht in naher Zukunft nicht zu befürchten. Dennoch wird sich der Markt für Rechtsdienstleistungen sukzessive ändern – egal ob sie in einer Kanzlei, in einem Unternehmen oder Verband erbracht werden. Praktizierende und angehende Juristen sollten die Entwicklungen des Legal Tech-Marktes daher sehr ernst nehmen.

Legal Tech kann dabei als Chance begriffen werden, die juristische Arbeit weiter zu spezialisieren, um sie im Wettstreit mit konkurrierenden Berater-Netzwerken, Community-Plattformen und Wissensdatenbanken zu stärken. Verbände und Unternehmen sollten genau wie Anwaltskanzleien prüfen, welche Prozesse im eigenen Haus mithilfe passender Legal Tech-Anwendungen optimiert werden können, welche vielleicht auch nicht.

BAVC-Hauptgeschäftsführer Klaus-Peter Stiller: »Wir sollten diese Herausforderung für die Rechtsabteilungen und Syndikusanwälte in Unternehmen und Verbänden gemeinsam angehen und analysieren, wo Legal Tech uns helfen kann, die Schlagkraft und Servicequalität von Arbeitgeberverbänden in einer modernen Wirtschaft zu erhöhen.«

Denn: Die sich digitalisierende Chemie-Branche wird mehr denn je angewiesen sein auf starke Interessenvertreter wie die Arbeitgeberverbände – als Bewahrer des gebündelten Wissens ihrer Mitglieder, als relevante Informationsdienstleister, als innovative Gestalter und zuverlässige Koordinatoren.

AUTORIN: REBECCA WILHELM | FOTO: FOTOLIA

CHEMIEVERSORGUNGSWERK

Erfolgsmodell für die Betriebsrente

Mehr als 200.000 Versicherte und mehr als eine Milliarde Euro Anlagevermögen: Gleich zwei Rekordmarken hat das ChemieVersorgungswerk (CVW) im letzten Jahr geknackt. Mit über 1.000 teilnehmenden Unternehmen – das ist mehr als jedes zweite in der chemischen Industrie – zählt es zu den wichtigsten Branchenlösungen für die betriebliche Altersversorgung (bAV) und Lebensarbeitszeitkonten in Deutschland.

Mit der Anfang 2018 in Kraft getretenen Reform der Betriebsrenten können die Regelungen in der Chemie künftig auch Blaupause für andere Branchen sein.

Gemeinsame Initiative der Chemie-Sozialpartner

Das ChemieVersorgungswerk wurde Ende 2008 als gemeinsame Initiative von Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) und Bundesarbeitsgeberverband Chemie (BAVC) zusammen mit der R+V Versicherung gegründet. Herzstück ist der ChemiePensionsfonds mit inzwischen über 100.000 Versicherten, der bereits 2002 als erster Branchen-Pensionsfonds auf dem deutschen Markt ins Leben gerufen wurde. Zum Angebot des CVW gehört außerdem das stark wachsende Segment der Lebensarbeitszeitkonten für aktuell mehr als 70.000 Beschäftigte. Den Erfolg dieses Segments macht ein vollständiges, internetbasiertes Produkt- und Servicepaket mit hoher Leistungsfähigkeit aus.

Das Versorgungswerk umfasst ebenfalls die Absicherung durch die Berufsunfähigkeitszusatzversicherung Chemie (BUC) für rund 30.000 Beschäftigte. Die BUC wird jeweils unternehmensweit für alle Beschäftigten eingerichtet und kann daher auf eine individuelle Gesundheitsprüfung verzichten. Sie ermöglicht allen Beschäftigten unabhängig von Alter oder Gesundheitszustand einen zusätzlichen Berufsunfähigkeits- und Hinterbliebenenschutz zu einem einheitlichen Beitrag.

Wichtiger Baustein für die Altersvorsorge

Aus Sicht von BAVC-Hauptgeschäftsführer Klaus-Peter Stiller ist das ChemieVersorgungswerk zu einem wichtigen Baustein für die Gestaltung des demografischen Wandels geworden. »Es ist ein gutes Beispiel für die Chancen sozialpartnerschaftlicher Tarifpolitik, von der sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer profitieren. Mit der Reform der Betriebsrenten hat der Gesetzgeber neue Möglichkeiten geschaffen. Diese wollen wir gemeinsam mit der IG BCE nutzen.«

Lobende Worte fand auch der Vorsitzende der IG BCE, Michael Vassiliadis: »Mit dem ChemiePensionsfonds haben wir uns frühzeitig für eine tarifliche Altersvorsorge in der Branche stark gemacht und diese stetig ausgebaut. Damit sind wir nach wie vor Vorreiter. Das Betriebsrentenstärkungsgesetz bestätigt unser Bestreben, den Beschäftigten über Tarifverträge zu einer besseren Alterssicherung zu verhelfen.«

Für Rüdiger Bach, Vorstandssprecher der ChemiePensionsfonds AG, ist das ChemieVersorgungswerk ebenfalls ein Erfolgsmodell. Es zeige, wie gut solche Branchenlösungen schon heute funktionieren. R+V als ein führender bAV-Anbieter stehe bereit, auch künftig gemeinsam mit den Sozialpartnern maßgeschneiderte Lösungen zu entwickeln.

AUTOR: SEBASTIAN KAUTZKY

STANDPUNKT

BAVC-Präsident Kai Beckmann



» Die Einführung der reinen Beitragszusage ist ein wichtiger Hebel für die Stärkung der betrieblichen Altersversorgung. Die Sozialpartner müssen bei der Gestaltung und der Kommunikation dieser neuen Option die Führungsrolle übernehmen, um sie zum Erfolg zu führen.

MEHR INFOS

zur Reform der Betriebsrenten finden Sie in den Top-Themen auf www.bavc.de

5 Fakten zum ChemieVersorgungswerk

2008

wurde das ChemieVersorgungswerk von BAVC, IG BCE und R+V gegründet

200.000

Versicherte nutzen heute die Angebote des ChemieVersorgungswerks

1.000

Unternehmen der Branche nehmen teil

100.000

Versicherte hat allein der ChemiePensionsfonds

1.000.000.000

Euro beträgt das Anlagevermögen im ChemieVersorgungswerk



VERANSTALTUNG IM EU-PARLAMENT

Chemie³ auf europäischer Bühne

Premiere für Chemie³: Ende 2017 hatten die Allianzpartner BAVC, IG BCE und VCI Gelegenheit, die Nachhaltigkeitsinitiative der deutschen Chemie erstmals vor größerem Publikum in Brüssel vorzustellen.

In einer gemeinsamen Veranstaltung mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments wurde deutlich: Chemie³ ist auf der Höhe der Zeit. Denn sowohl mit Blick auf die Globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (»Sustainable Development Goals«; SDGs) als auch auf das internationale Top-Politikthema Lieferketten hatte Chemie³ einiges vorzuweisen. So trägt die Initiative nicht nur auf vielfältige Weise zur Erreichung der SDGs bei, sie entwickelt zurzeit auch einen Leitfaden, mit dem Unternehmen ein nachhaltiges Lieferantenmanagement aufbauen können.

Top-Thema Lieferkette

Gastgeber im Europäischen Parlament waren die SPD-Europaabgeordneten Arne Lietz, Mitglied im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten und im Entwicklungsausschuss, sowie Martina Werner, industrie- und energiepolitische Sprecherin der SPD-Europafraktion. Lietz betonte die globale Verantwortung der Chemie: »Damit die EU die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen erfolgreich umsetzen kann, ist neben Politik und Zivilgesellschaft auch die Industrie gefragt. Chemie³ sollte anderen Branchen dabei ein Vorbild sein.« Werner ergänzte: »Die Veranstaltung ist eine gute Gelegenheit, mit der Chemie-Industrie zu diskutieren. Sie muss schließlich mit innovativen und sozialen Lösungen maßgeblich zu einer erfolgreichen Nachhaltigkeitspolitik beitragen.«

Die anschließende Podiumsdiskussion bot Gelegenheit zum Austausch zwischen Chemie³, EU-Abgeordneten und Europäischer Kommission. Bemerkenswert: Björn Hansen, Referatsleiter Sustainable Chemicals in der Generaldirektion Umwelt, hielt ein Plädoyer für den europäischen Chemie-Standort. Nur mit einer wettbewerbsfähigen Chemie-Industrie in Europa seien die SDGs zu erreichen.

AUTOR: ANDREAS OGRINZ | FOTO: PHILIPPE VELDEMAN

CHEMIE³
DIE NACHHALTIGKEITSINITIATIVE
DER DEUTSCHEN CHEMIE

Das Video zur Veranstaltung sowie nähere Informationen zur Nachhaltigkeitsinitiative finden Sie unter

www.chemiehoch3.de



Erfolgreich integrieren



Aktuelles

Sie wollen sich auf den neuesten Stand bringen?



Informationen

Sie möchten Geflüchtete einstellen oder ausbilden?



Praxisbeispiele

Wie kann die Integration in Arbeit gelingen?

INTEGRATION IN DEN ARBEITSMARKT

Alles auf einen Blick

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) und die Bundesagentur für Arbeit (BA) haben gemeinsam das Angebot www.erfolgreich-integrieren.de ins Leben gerufen. Die Webseite widmet sich ganz dem Thema Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt.



LINKTIPP

Nähere Infos zum Informationsangebot für Unternehmen finden Sie unter www.erfolgreich-integrieren.de

Informationsangebot für Unternehmen

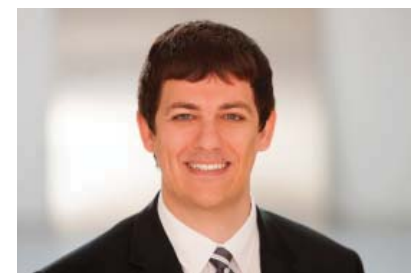
Sie ermöglicht es Interessierten, die vielfältigen Informationen und Angebote zur Arbeitsmarktintegration zentral abzurufen. Daneben werden die rechtlichen Rahmenbedingungen bei der Einstellung von Flüchtlingen erklärt und eine Vielzahl von Praxisbeispielen zeigt auf, wie eine erfolgreiche Integration im Unternehmen gelingen kann. Die Sammlung der Praxisbeispiele ist das Herzstück der Webseite. Sie ermöglicht es den Unternehmen, zum einen ihr Engagement bei der Integration von Flüchtlingen einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen und zum anderen bestehende Strukturen besser untereinander zu vernetzen. Auf der Webseite findet man außerdem Hinweise zu aktuellen Veranstaltungen, Neuigkeiten, Publikationen sowie weiterführende Links.

Bürokratieabbau nötig

Mit ihrem Angebot machen BDA, BDI, ZDH und BA deutlich, dass ein erfolgreicher Einstieg in die Arbeitswelt ein wichtiger Schlüssel für eine gelungene Integration ist. Das hat auch der Gesetzgeber erkannt und im letzten Jahr einiges getan, um den Einstieg zu erleichtern. So wurde insbesondere in weiten Teilen Deutschlands bei dem Verfahren zur Erteilung der Arbeitserlaubnis die Prüfung ausgesetzt, ob bevorrechtigte inländische Arbeitnehmer zur Verfügung stehen (Vorrangprüfung). Hierdurch wurde das Verfahren zur Erteilung einer Arbeitserlaubnis zwar vereinfacht, es ist aber weiterhin zu bürokratisch und langwierig. Die Verfahren müssen noch weiter vereinfacht und beschleunigt werden.

AUTOR: LARS MESSERSCHMIDT

ANSPRECHPARTNER



Lars Messerschmidt

Tarifpolitik, Arbeitsrecht, Arbeitsmarkt

lars.messerschmidt@bavc.de



PARITÄT IN DER GKV

Teurer Rückschritt

Im Zuge der Regierungsbildung haben sich Union und SPD auf die »Rückkehr zur paritätischen Finanzierung« der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) verständigt. Nach Auffassung der Sozialdemokraten sollen hierdurch die Beiträge zur Krankenversicherung wieder gleichmäßig zwischen Arbeitgebern und Beschäftigten aufgeteilt werden.

Aus Sicht der Chemie-Arbeitgeber ist dieses Vorhaben teilweise unehrlich und rückwärtsgewandt. So blendet der Vorschlag aus, dass die Arbeitgeber durch die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall bereits seit Langem den größeren Teil der Gesundheitskosten tragen. Allein im Jahr 2016 zahlten die Arbeitgeber dafür über 50 Milliarden Euro; das entspricht 3,9 Beitragspunkten. Eine echte Parität wäre also nur unter Berücksichtigung dieser Beiträge möglich.

Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt

Vor allem aber verstellt die Forderung nach Parität den Blick auf das Wesentliche: Die stetig alternde Bevölkerung und der medizinische Fortschritt werden die Ausgaben für Gesundheit weiter steigen lassen.

Die Aufgabe einer nachhaltigen und klugen Gesundheitspolitik sollte es folglich sein, eine hochwertige medizinische Versorgung mit der Beitragsentwicklung für Arbeitgeber und Arbeitnehmer und deren Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit in Einklang zu bringen.

Zur Fortsetzung der guten Entwicklung am Arbeitsmarkt ist die Politik daher gefragt, die auf den Arbeitskosten lastenden Sozialabgaben der Arbeitgeber nicht weiter steigen zu lassen. Die Parteien sollten dies in den Koalitionsverhandlungen bedenken, da eine Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung unserer Wettbewerbsfähigkeit schaden würde.

AUTOR: MARKUS HESSE | **FOTO:** ISTOCK

 **MEHR INFOS**

Unser ausführliches Positionspapier zur Finanzierung der GKV finden Sie unter

www.bavc.de

IMPRESSUM

Herausgeber: **Bundesarbeitgeberverband Chemie e.V. (BAVC)** | Abraham-Lincoln-Straße 24 | 65189 Wiesbaden
 Internet: www.bavc.de | Kontakt: info@bavc.de | [www.twitter.com/BAVChemie](https://twitter.com/BAVChemie). Verantwortlich: Klaus-Peter Stiller.
 Redaktion: Sebastian Kautzky, Christopher Knieling, Rebecca Wilhelm. Druck: Konradin Druck GmbH, Leinfelden-Echterdingen.
 Piktogramme in dieser Ausgabe: sdecoret / Stock.Adobe.com, phillipes / Stock.Adobe.com